

IN ALLER KÜRZE

**CDU fordert geschlossenes Heim**

Die Polizei vermeldet für das vergangene Wochenende mehrere Straftaten und erhebliche Widerstandshandlungen durch mehrere unbegleitete Jugendliche aus Nordafrika. Versucher und vollendeter Diebstahl und Raub wird aus dem Steintorviertel und Farge vermeldet. Laut Polizei wurden Einsatzkräfte geschlagen und bespuckt. Zwei unter Drogeneinfluss stehende Minderjährige versuchten, sich Selbstverletzungen beizubringen und kamen ins Polizeigewahrsam. In mehreren Fällen wurde eine Spuckschutzhaube eingesetzt. Für die CDU ist klar, dass das bisherige Konzept zum Umgang mit straffälligen, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen „wirkungslos“ ist. Sie fordert eine „geschlossene Unterbringung“ mit „intensiv-pädagogischer“ Betreuung.

**OHB repräsentiert Diktatur in Kasachstan**

Das autokratische Regime in Kasachstan hat eine neue Honorarkonsulin in Bremen: Christa Fuchs übernimmt am Mittwoch das Ehrenamt ihres verstorbenen Ehemannes Manfred Fuchs. Der Firmengründer des Bremer Raumfahrtkonzerns OHB war seit 2008 Honorarkonsul der zentralasiatischen Republik, aus der immer wieder massive Menschenrechtsverletzungen berichtet werden.

**„Wir sind Olaf“**

Der evangelikale Pastor Olaf Latzel erfährt im Internet starke Rückendeckung. So werden über Facebook Unterschriften für eine Petition gesammelt, die an die Staatsanwaltschaft gehen soll. Die Behörde prüft, ob eine Predigt Latzels den Anfangsverdacht der Volksverhetzung oder Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft erfüllt. Im Netz solidarisieren sich Anhänger Latzels unter dem Motto „Wir sind Olaf“. Die Kritik an Latzel wird mit Begriffen wie „Rufmordkampagne“ und „Christenverfolgung“ in Verbindung gebracht. Bei Facebook hatten am Montagmittag knapp 4.000 Unterstützer für den St.-Martini-Prediger „gefällt mir“ angeklickt. Derweil haben sich Pastoren, Kirchenmitarbeiter und der Vorsitzende der evangelisch-konservativen Allianz von Latzel distanzieren. Die Landeskirche bat Latzel zum Gespräch.

**Weser soll sauber werden**

Der Plan zur lokalen Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie liegt für ein halbes Jahr öffentlich aus. Das Umweltressort stellt darin den Zustand der Oberflächengewässer und des Grundwassers sowie die bis 2021 geplanten Maßnahmen vor. Bis zum 27. Juli können BürgerInnen kommentieren. Bisher erreicht kein Gewässer in Bremen einen „guten Zustand“ – Probleme bereitet vor allem die hohe Nitratbelastung. (taz/epd)

**Neuer Streit an alten Fronten**

**ANTISEMITISMUS** Eine umstrittene Ausstellung über „Flucht und Vertreibung der Palästinenser“ kommt in die Stadtbibliothek. Israel-solidarische Gruppen protestieren

VON JAN-PAUL KOOPMANN

Wo die Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ in den vergangenen Jahren zu Gast war, gab es oft Ärger. Auch in Bremen, wo sie ab dem 18. Februar in der Zentralbibliothek zu sehen sein wird, formiert sich bereits Widerstand. Die OrganisatorInnen sprechen gar von Verhinderungsversuchen hinter den Kulissen. Und der Protest sei, sagt Detlef Griesche von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG), „von Israel geleitet und gelenkt“ – da müsse man kein Verschwörungstheoretiker sein.

Auf den ersten Blick wirken die vom Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“ konzipierten Tafeln unspektakulär: mit viel Text, ein paar historischen Fotografien und Landkarten wird die Flucht der palästinensischen Bevölkerung in Folge des UN-Teilungsplans von 1947 dokumentiert. Wegen kriegerischer Auseinandersetzungen und systematischen Landkaufs waren zahlreiche PalästinenserInnen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und in die Nachbarländer zu fliehen. Dort leben sie und ihre Nachkommen bis heute in sogenannten Flüchtlingslagern – unter desaströsen Bedingungen, die kaum jemand bestreitet.

Umstritten ist die Ausstellung dann aber wegen dem, was sie nicht zeigt: dass nach der Staatsgründung auch JüdInnen aus den umliegenden arabischen Staaten vertrieben wurden, dass auch palästinensische Milizen Massaker verübten, oder dass die Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern bis heute als politische Waffe gegen Israel vorgehalten werden. In Bremen wird das – anders als in anderen Städten – zu lesen sein, weil die Deutsch-Israelische-Gesellschaft (DIG) die Ausstellung mit Infomaterial und eigenen Protest-Tafeln flankiert.

DIG-Vorsitzender Hermann Kuhn sagte zur taz: „Wir halten die Aussage der Ausstellung für falsch.“ Nicht nur im Sinne der historischen Wahrheit, sondern auch, weil eine einseitige Schuld-



Mit dem Türschlüssel fordern Palästinenser das Rückkehrrecht in ihre Häuser – oder die ihrer Großeltern Foto: dpa

zuweisung „der Idee eines friedlichen Nebeneinanders nicht zuträglich“ sei, so Kuhn.

Griesche ist nicht begeistert von der Kommentierung und hätte eine eigene Ausstellung der KritikerInnen lieber gesehen. Die Einseitigkeit bestreitet er allerdings nicht: Es solle ausdrücklich die Perspektive der PalästinenserInnen zu Wort kommen, die sonst unterdrückt werde. Die entscheidende Frage sei aber, ob das zur „historischen Verfälschung“ führe – und das sei hier nicht der Fall. Griesche zweifelt gar am demokratischen Bewusstsein seiner Gegner. Dass umgekehrt etwa jemand eine Veranstaltung der DIG stören würde – das gebe es nicht.

Für die Stadtbibliothek, in deren Räumen die Ausstellung gastiert, sagte Tobias Peters, man wolle „beiden Seiten Raum zum Dialog geben“. Darum habe man neben der Ausstellung auch die Gegendarstellungen der DIG untergebracht. Am 4. März soll zudem eine Podiumsdiskussion über unterschiedliche Sichtweisen auf die Gründung Israels 1948 stattfinden, auf der Vertreter beider Seiten zu Wort kom-

men. Kuhn sagte zur taz: „Wir gehen dem Konflikt nicht aus dem Weg.“ Das ist nicht selbstverständlich, denn sowohl Kuhn als auch Griesche können diverse GesprächspartnerInnen aufzäh-

**„Renitenten Bremer AntisemitInnen“ dürfe kein öffentliches Forum gegeben werden, sagt die Gruppe [c3]**

len, mit denen sie sich nicht mehr an einen Tisch setzen.

Die DPG richtet die Ausstellung nicht im Alleingang aus. Zu den Veranstaltern zählen etwa auch das Nahost-Forum Bremen, der AK Nahost oder das Friedensforum – ein Bündnis also, das regelmäßig israelkritische Veranstaltungen durchführt und aus dessen Umfeld 2011 die Boykott-Aktion gegen Waren aus jüdischen Siedlungen vor einem Supermarkt in der Wachmannstraße initiiert wurde.

Damals hat sich ein linksradikales Aktionsbündnis gegen Antisemitismus gegründet. Die da-

ran beteiligte „Gruppe [c3] – Gegen die Beschissenheit der Dinge“ wendet sich nun auch gegen die Nakba-Ausstellung. „Unter dem Deckmantel der Kritik am Staate Israel“ werde Antisemitismus propagiert, heißt es in einer Erklärung der Gruppe. Es gelte, den Blick zu schärfen und den „renitenten Bremer AntisemitInnen vom Nahost-Forum, dem Bremer Friedensforum und dem Arbeitskreis Nahost kein öffentliches Forum zu geben“.

Der Aufruf richtet sich weniger an die Palästina-Gruppen selbst, als an die öffentlichen Institutionen, die als Kooperationspartner Veranstaltungen im Umfeld der Ausstellung ausrichten. Die Bibliothek etwa, die Musikschule-Bremen oder das Kommunalkino City 46. Dort werden ausstellungsbegleitend Filme gezeigt, die nach Angaben des Kinobesitzers „den Fokus auf ein friedvolles Miteinander von Israelis und Palästinensern richten“.

Die Ausstellungsveranstalter geben sich auch angesichts der Kritik zuversichtlich: „Die schießen sich selbst ins Knie“, sagt Griesche. Die Ausstellung werde voll – mit oder ohne Protest.

HEUTE IN BREMEN

**„Das ist ein Skandal“**

**LESUNG** Ein Buch schildert die schwierigen Kämpfe der Asbest-Opfer gegen Berufsgenossenschaften

taz: Frau Schön, Sie lesen heute aus Ihrem Buch „Wir klagen an – Asbest und seine Opfer“. Wird die Anklage auch gehört?

Silvia Schön: Mich erreichen immer wieder Reaktionen von Betroffenen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Silvia Schön

55, Biologin, sitzt seit 2003 für die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft und ist seit 2011 deren Vizepräsidentin.



**Was ist mit der Politik und den Berufsgenossenschaften?**

Wir als Grüne haben dazu vergangenes Jahr einen Bundesparteitagsbeschluss erwirkt, der die Umkehr der Beweislast zugunsten der Betroffenen fordert. Von anderen Parteien wüsste ich das jetzt nicht. Und was die Berufsgenossenschaften angeht: Ich gehe davon aus, die mögen mich nicht besonders.

**Weil eine Behandlung sie 250.000 Euro kosten kann.**

Es geht dabei um viel Geld, ja. Aktuell sterben bundesweit jährlich 1.500 Menschen an den Folgen von Asbest, die Zahl der Asbestkranken liegt bei etwa 190.000. Wenn die Erkrankung nicht durch die Berufsgenossenschaft anerkannt wird, muss die Krankenkasse für deren Behandlung aufkommen, also die Allgemeinheit. Das spart der Berufsgenossenschaft viel Geld.

**Werden die Betroffenen also immer noch alleine gelassen?**

Solange sie beweisen müssen, dass sie mit Asbest gearbeitet haben und ihre Krankheit daher ursächlich kommt. Die Betriebe haben aber sehr häufig keine Dokumentation gemacht – dann liegt Beweislosigkeit vor und sie werden nicht entschädigt. Es ist eines Sozialstaates nicht würdig, dass so mit den Betroffenen umgegangen wird. Das ist ein Skandal im deutschen Rechtssystem und muss dringend geändert werden, damit die Betroffenen zu ihrem Recht kommen. Aber es geht hier um ein Bundesgesetz. In Bremen können wir uns also nur dafür einsetzen, dass das geändert wird. Doch auf Bundesebene tut sich die SPD schwer.

**Die Prozesse der Betroffenen dauern oft sehr lange. Warum?**

In einem Fall, der schon 19 Jahre dauert, erkennt der eine Gutachter 20 Prozent Erwerbsminderung an, der andere aber 80 Prozent. Beide arbeiten nach ähnlichen Methoden. Vor Gericht ist das dann hoch strittig. **Zugleich haben viele Betroffene Angst vor der Berufsgenossenschaft...**

... und wollen deshalb anonym bleiben. Das höre ich immer wieder – und für mich ist das sehr glaubwürdig. **INTERVIEW: JAN ZIER**

18 Uhr, Nachbarschaftshaus Helene Kaisen, Ohlenhof 10

**Tanz den Munch**

**FESTIVAL** „Tanz Bremen“ zeigt 20 deutsche und internationale Produktionen, darunter allerlei Premieren

Drei Deutschlandpremierinnen und fünf Bremer Uraufführungen stehen auf dem Programm des internationalen Festivals „Tanz Bremen“, das am Freitag startet. Zur Eröffnung zeigen das norwegische zeitgenössische Nationalensemble „Compagnie Carte Blanche“ und der junge spanische Star-Choreograf Marcos Morau die Produktion „Edvard“, die vom Leben des norwegischen Malers Edvard Munch (1863-1944) inspiriert ist. Das Motto des Festivals lautet „Teilhaben/Teilnehmen“.

Angesichts der bundesweiten Demonstrationen zur Flüchtlingspolitik sei dieses Motto hoch aktuell, sagte Festivalleiterin Sabine Gehm. Es erinnere zugleich daran, dass Tanz nicht nur

eine Bühnenkunst, sondern schon viel länger ein körperliches Gemeinschaftserlebnis sei – Ritual und Repräsentation, aber auch immer: Fest und Spiel, so Gehm. BesucherInnen haben sogar die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Möglichkeiten dazu bestehen unter anderem bei einem „Folksbal“, einem Ball zum Selbstanzen, und bei einer Abschlussparty unter dem Titel „Abtanzen“.

Bei dem Festival vom 6. bis 13. Februar werden auf Bremens Bühnen 20 deutsche und internationale Produktionen gezeigt, darunter die europakritische Deutschlandpremiere „Shake it out“ von Christian Ubl. In dieser Produktion lässt der österreichische Choreograf Volkstanz auf Propaganda treffen. Eine weitere Uraufführung ist „Aymara“. Hier stellt sich die künstlerische Produktionsleiterin im Tanz, Alexandra Morales, erstmals als Choreografin am Theater Bremen vor. Seit 2001 arbeitet sie intensiv mit Samir Aki zusammen, der heute Hauschoreograf am Theater Bremen ist. In ihrer Produktion rich-

tet Morales den Blick auf die eigene Vergangenheit und geht den Fragen nach, wie Erinnerung funktioniert und woher die Sehnsucht nach dem Rückblick auf Vergangenes kommt.

Die Akteure von „Tanz Bremen“ kommen unter anderem aus Österreich, Algerien, Belgien, Indien, Nigeria und Russland. Das Festival zeige Tanz, der sich in eindringlicher Weise mit Beziehungen und Freundschaft und dem Wagnis der Begegnung mit dem Fremden oder sich wandelnder Identitäten auseinandersetzen, sagt Gehm. Dabei verbänden die Akteure verschiedenste Stilmittel: „Da trifft Tradition auf Experiment, Hip Hop auf Klassik, zeitgenössischer Tanz auf Folklore.“ (dpa/taz)